

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 73 (1993)
Heft: 2

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Diskreditierte staatliche Beschäftigungsprogramme

Man kann Gift darauf nehmen, dass dann, wenn die Wirtschaft an konjunkturellem Schwung verliert, wenn die Wachstumsraten schrumpfen oder sich gar ins Negative verkehren und die Arbeitslosenzahlen steigen, auch prompt die nicht mehr ganz taufrische «Idee» eines *staatlichen Beschäftigungsprogramms* als Heilmittel zur Bekämpfung der konjunkturellen Gebrechen aufgegriffen und in die Kanäle der wirtschaftspolitischen Willensbildung eingespielen wird. 1984, als es bereits klar war, dass die Konjunktur wieder Tritt fassen werde, stürzte sich der damalige helvetische Wirtschaftsminister in einen wirtschaftspolitischen Aktionismus (in dem u. a. auch ein staatliches Beschäftigungsprogramm enthalten war), der einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Heute ist es die SP der Schweiz, die, unterstützt von gewerkschaftlichen Gruppierungen und beflügelt vom Revitalisierungsgoodwill, der sich momentan in der wirtschaftspolitischen Landschaft der Eidgenossenschaft aufbaut, den Ladenhüter der staatlichen Beschäftigungsprogramme reaktiviert und ihn in rhetorischen Farben präsentiert, als sei dieser Vorstoss konzeptionell brandneu und eben erst als Ergebnis intensiven Nachdenkens im Schosse der Partei sozusagen als Deus-ex-machina zur Überwindung der konjunkturellen Misere entdeckt worden. Es wird wohl kaum zu vermeiden sein, dass sich die Träger der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung wieder einmal mit diesem Thema werden befassen müssen, obwohl eigentlich schon alles gesagt ist, was es dazu zu

sagen gibt. Allein schon der simple Hinweis darauf, dass in der Bundesrepublik Deutschland zwischen den Jahren 1967–1982, als die antizyklische, auf Keynes zurückgehende Konjunkturtheorie im Schwange war, mit mehreren Beschäftigungsprogrammen rund 80 Mia. DM in die Wirtschaft hineingebuttert worden war, ohne dass es allerdings gelungen wäre, damit die Arbeitslosigkeit zu senken, geschweige denn sie zu beseitigen, sollte eigentlich genügen, um Enthusiasten der *staatlich induzierten Nachfragesteuerung* stutzig zu machen. In andern Ländern scheint die Ernüchterung inzwischen soweit fortgeschritten, dass sich der Staat längst aus diesem Betätigungsfeld zurückgezogen hat und auch keine Anforderungen dieser Art mehr an ihn herangetragen werden. In der Schweiz scheint dies jedoch offensichtlich noch *nicht* der Fall zu sein. Der besondere Charme der schweizerischen Wirtschaftspolitik bestehe, wie einmal ein prominenter Beobachter der helvetischen Szenerie pointiert formuliert hat, darin, dass sie Unsinn, der im Ausland auf den wirtschaftspolitischen Tummelfeldern begangen und später als solchen entlarvt wurde, mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa 10 Jahren nachahme. Am jüngsten Kapitel der schweizerischen Konjunkturpolitik wird diese These einmal mehr bestätigt.

Woher kommt die *Faszination* der staatlichen Beschäftigungsprogramme? Und wo liegen ihre *Schwachstellen*? Um eine Antwort auf diese Fragen zu finden, ist es nützlich, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen. Keynes be-

gründete bekanntlich in den dreissiger Jahren die konjunkturellen Instabilitäten des Kapitalismus bzw. der Marktwirtschaft mit *zunehmenden Sättigungserscheinungen* auf Märkten, die sich über die Entstehung einer *Nachfragelücke* unmittelbar auch auf die Beschäftigung, auf die unternehmerische Investitionstätigkeit und auf die Einkommen auswirke. Im Gegensatz zu Karl Marx, für den die konjunkturellen Schüttelfröste, von denen der Kapitalismus immer wieder befallen wird, systemimmanent und deshalb letztlich unheilbar waren – folgerichtig betrachtete er aus diesem Grunde den säkularen Niedergang des Kapitalismus als unaufhaltsam –, bot Keynes in Form von *staatlichen Interventionen* ein Gegenmittel an, das Genesung versprach: der Staat soll ohne Rücksicht auf die im Konjunkturrückgang bescheidener werdenden Einnahmen seine *wirksame Nachfrage erhöhen*, und zwar auch dann, wenn mit solchem Tun die staatliche Verschuldung steigt (*Deficit spending*). Die These von der globalen Steuerungsmöglichkeit konjunktureller Aggregate und Abläufe war geboren. Sie steigerte sich in den Nachkriegsjahren in einen fatalen *Machbarkeitsglauben*. Am Horizont erschien bereits die Sonne der «ewigen Prosperität». Konjunkturzyklen gehörten, so verkündeten selbst reputierte Ökonomen, der Vergangenheit an. Keynes wurde von manchen als Retter des Kapitalismus gefeiert.

Am Veredlungsprozess der ehemals eher einfachen Theorie war ein weltberühmter amerikanischer Ökonom, *Paul A. Samuelson*, der spätere Nobelpreisträger, zusammen mit dem Engländer *Sir John Hicks* massgeblich beteiligt. Samuelson fügte die eigenwirtschaftliche Entscheidungsautonomie unter Wettbewerbsbedingungen auf der Mi-

kroebene mit der gesamtwirtschaftlichen Nachfragesteuerung auf der Makroebene zu einer neuen «*neoklassischen Synthese*» zusammen, wobei in dieser erweiterten Variante allerdings auch der *Fiskalpolitik* eine bedeutsame Stellung eingeräumt wird. Und in der wirtschaftspolitischen Praxis war es dann in der BRD der sozialdemokratische Superminister *Karl Schiller*, der während der Zeit der grossen Koalition die Selbststeuerung (durch Wettbewerb) mit der Globalsteuerung in Harmonie zu bringen versuchte; die Verheiratung der «Keynesschen Botschaft» mit dem «Freiburger Imperativ» war perfekt. Das Gedankengut der «neuen Politik» fand schliesslich Eingang in das deutsche «Stabilitätsgesetz». Die Liberalen, vorab natürlich die ORDO-Liberalen aus der Freiburger Schule, betrachteten die radikale Umdeutung und Neuinterpretation ihres Meisters mit unverhohlener Skepsis. Auf die langfristige Haltbarkeit der «neuen Politik» wurden keine Wetten abgeschlossen.

Heute spricht niemand mehr im Ernste über das *Deficit spending*, weil es, wie Karl Schiller noch vor wenigen Jahren in einem Interview konzedierte, unter Bedingungen angewandt worden sei, die im Modell nicht vorgesehen waren – eine etwas professorale Umschreibung des schlichten Tatbestandes, dass es sich um ein inkonsistentes Modell gehandelt hat, das zudem nicht auf die Handlungsmuster und Handlungsprioritäten von Politikern zugeschnitten war. Es hat nämlich *nicht* zu Mehrbeschäftigung, wohl aber zu einer längeren Phase virulenter *inflationärer Turbulenzen* und *steigender Staatsverschuldung* sowie zu einer unablässigen Erhöhung der Staatsquote bzw. der Abgabenquote (Steuern und Sozialabgaben) geführt. Ausserdem hat es mit aller Schonungs-

losigkeit offengelegt, dass Parlamente nicht in der Lage sind, sich antizyklisch zu verhalten, und dass der Griff zur Notenpresse, dort, wo dies gesetzlich möglich ist, den Politikern allemal lockerer im Gelenk sitzt als jener zur Steuer-schraube oder zum Entschluss, den Weg auf den Kapitalmarkt anzutreten, der in rezessiven Zeiten ebenfalls seine Tücken hat.

Kommt dazu, dass Keynes von der Annahme ausging, die Ausgabenerhöhung des Staates werde sich *sofort* und *ganz* in eine entsprechende Ausweitung der Nachfrage nach Arbeitskräften umwandeln und damit die Arbeitslosigkeit abbauen; und die dadurch entstehende Einkommensverbesserung bei den Arbeitnehmern wirke sich in einer gleichwertigen Verbesserung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus, erzeuge also einen expansiven Konjunkturimpuls. Beide Folgerungen haben sich als *Irrtum* erwiesen. In rezessiven Zeiten, wenn die Kapazitätsauslastung im Produktionssektor sinkt, besteht bei den Unternehmen keine Neigung, eine einmalige Auftragsverbesserung durch den Staat mit einer Ausweitung der Belegschaft zu beantworten; im Vorder-

grund steht vielmehr eine gezieltere Auslastung der *bestehenden* Kapazitäten. Und weiter hat sich gezeigt, dass auch die Haushalte dann, wenn sie tatsächlich in den Genuss von mehr Einkommen kommen sollten, dieses nicht unmittelbar in wirksame Nachfrage umsetzen. Sie fliessen vielmehr zu einem grossen Teil in die Sparquote. Die Nachfrage- und Beschäftigungseffekte sind deshalb höchst *unsicher*. Und letztlich ist bei dieser Problematik ins Bild zu setzen, dass eine positive Beschäftigungswirkung, wo sie tatsächlich auftritt, nur in glücklichen Ausnahmefällen mit der Angebotsstruktur der Arbeitsmärkte kompatibel ist. Es kommen, mit andern Worten, auch strukturelle Elemente ins Spiel.

Konsequenzen? Man kann die keynesianische Beschäftigungspolitik drehen und wenden wie man will, sie vermag trotz ihrer vordergründigen Plausibilität keinen überzeugenden Lösungsansatz zu offerieren. Die Erfahrungen mit der staatlichen Beschäftigungspolitik künden jedenfalls nicht von einem Ruhmesblatt in der jüngeren Geschichte der praktischen Wirtschaftspolitik.

Willy Linder

Parteien in Bedrängnis

Ende Jahr hat der abtretende Generalsekretär der *Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz* konstatiert, dass unsere *Parteienlandschaft in Bewegung* geraten sei, und prophezeit, dass sich diese Bewegung in den nächsten Jahren zu einem innenpolitischen Jahrhundertereignis auswachsen könnte. Ausgangspunkt seiner Analyse wa-

ren die oppositionellen Strömungen in rechtsbürgerlichen Kreisen, die angesichts der aufsehenerregenden Teilerfolge neuerer Absplitterungen wie der *Autopartei* und der Tessiner *Lega* für zunehmende Virulenz auch in den bürgerlichen Regierungsparteien, namentlich in der *Schweizerischen Volkspartei*, gesorgt hat. Die Europadebatte vor

allem hat in dieser Partei eine erstaunlich heftige Polarisierung bewirkt und eine Auseinandersetzung über populistisch motivierte Fronde und Teilhabe an der Regierungsverantwortung ausgelöst. Mit ähnlichen Turbulenzen an ihren Flügeln hatten die drei grossen, noch breitere Spektren abdeckenden Parteien rechts und links der Mitte schon früher gelegentlich Probleme; der bei solchen Gelegenheiten regelmässig wach werdende Wunsch nach einer klaren Profilierung von Regierungs- und Oppositionslagern scheiterte aber stets nicht nur an der heterogenen Zusammensetzung der «Volks»-Parteien, sondern an den *Gegebenheiten der direkten Demokratie*, die sich auf allen Stufen in Koalitions-Zauberformeln ein ihr gemässes Regierungssystem geschaffen hat.

Die gewiss spektakuläre Vorstellung *Iwan Rickenbachers*, dass nach einer Sammlung der oppositionellen rechten Kräfte von *SVP, Schweizer Demokraten, Autopartei* und *Lega* – und einer entsprechenden Konsolidierung der Linken – ein engeres Zusammengehen von *FDP* und *CVP* als starke politische Mitte zu einer *Neukonstruktion der politischen Landschaft* führen könnte, wird von den hemmenden und fragmentierenden Wirkungen der Volksrechte wohl ebenfalls noch stark zurechtgestutzt werden. Denn schliesslich steckt hinter dieser Profilierung auch ein Machtanspruch, den keine einigermaßen valable Interessen vertretende Gruppe allein um der Opposition willen ohne weiteres akzeptieren würde. Auch die Regierungsbeteiligung dient in unserem Selbstverständnis nicht allein der Machtausübung, sondern bereits auch der Machtkontrolle und der Machtbrechung zugunsten von Minderheiten.

Was sich indessen allmählich verändert und den Parteien insgesamt zu

schaffen macht, ist die *schwindende Bindung der staatsbürgerlich Aktiven* an traditionelle Konzepte von Parteien und selbst von Verbänden, die ihre Interessen in einem mehr oder weniger konsistenten politisch-programmatischen Rahmen zu integrieren versuchen. Zwar wird in der Regel eher die mangelnde Konsistenz der allzu breit abgestützten und auf die öffentliche Meinung abgestimmten Kompromisse beklagt; in Wirklichkeit aber ist es vielleicht gerade der Anspruch auf eine politische Linie, der den Parteien bei sogenannten ungebundenen Zeitgenossen den – schlechten – Ruf einer *«classe politique»* einträgt.

Die *Milizorganisation* unserer Parteien ist den Ansprüchen eines immer stärker professionalisierten Marketings auch in der Politik nicht mehr gewachsen. Die oft dilettantischen PR-Anstrengungen bleiben meist an der Oberfläche blosser Imagewerbung haften, die nicht durch entsprechende strategische politische Planung fundiert wird. Diese müsste primär für die parlamentarischen *Fraktionen* geleistet werden, die dafür nach dem Scheitern der bescheidenen Parlamentsreform jedoch kaum über die notwendigen Ressourcen verfügen. Und für die zwar auf Parteilisten, aber eben doch individuell gewählten Parlamentarier ist die Erhaltung des Mandats nur in zweiter Linie Sache der Partei; im Vordergrund stehen systembedingt der persönliche Auftritt und die Pflege der besonderen Interessen, die letztlich den Erfolg beim Kumulieren und Panaschieren und Nicht-gestrichen-Werden sichern.

Die Parteien müssen sich etwas einfallen lassen. Ihre Leistungsausweise haben sie letztlich *in den Parlamenten und an den Urnen* zu erbringen; die partei-internen Strukturen und Veranstaltungen

gen sollten dafür als Instrumente dienen und sich nicht bloss selbst genügen. Auch der öffentliche Auftritt muss nicht einfach nur professioneller werden, sondern die Umsetzung politischer Ziele und Ideen in konkretes Handeln besser sichtbar machen. Die Legitimationsbasis jeder Partei ist die Repräsentation des Volkes in den Parlamenten; die Qualität ihrer Arbeit bemisst sich daran, inwieweit sie nicht nur die *Wahl* der Vertreter, sondern auch den *Dialog* zwischen Wählern und Gewählten zustandebringt.

Die Schwierigkeit schweizerischer Parteien besteht darin, dass sie neben dieser unentbehrlichen Funktion im Repräsentationssystem gleichzeitig eine tragende Rolle bei der Ausübung der Volksrechte spielen, als Foren der *Meinungsbildung bei Referenden und Initiativen* und damit auch als potentielle Wortführer von oppositionellen Regungen aus dem Volk gegenüber Regierung und Parlament. Konflikte und Widersprüche, die daraus entstehen können, werden oft unreflektiert der Glaubwürdigkeit der betreffenden Partei angelastet, obwohl sie direkt mit unserem dua-

len System mit repräsentativen und direktdemokratischen Elementen zusammenhängen. Darum wird jede Partei weder auf fallweise Opposition verzichten können noch sich ausschliesslich auf die Vetofunktion beschränken wollen. Und ebenso werden Parteien, die sich an der Regierungsverantwortung beteiligen wollen, sich zu ihrem Vorteil nicht den militanten Randpositionen zuwenden, sondern die für jede Mehrheitsbildung benötigten *mittleren Segmente* pflegen. Hier liegt heute ein Vakuum und ein Bedürfnis nach Orientierung, das nicht mit simplen Schlagworten und wohlfeilen Rezepten befriedigt werden kann.

Die Parteienlandschaft ist in Bewegung geraten. Ob sie zu wesentlich neuen Blockbildungen führen wird, erscheint eher fraglich. Unzweifelhaft aber müssen die Parteien die *bestehenden Defizite ernstnehmen*, ihre strategischen Positionen, die praktische Erfüllung ihrer zum Teil widersprüchlichen Aufgaben und ihr Auftreten im zunehmend von professionellem Marketing und einer überbordenden Informationsflut geprägten Jahrmarkt der Öffentlichkeit überprüfen.

Ulrich Pfister

«In vielen älteren Demokratien, wenn auch nicht überall, sind die Parteien durch konkurrierende politisch-soziale Bewegungen geschwächt, die ihnen nicht zuletzt politisches Personal entziehen. Sollte sich die verbreitete Abneigung jüngerer Jahrgänge gegen Parteien verfestigen, könnte dies zu einer ernsthaften Beeinträchtigung ihrer Funktionsfähigkeit führen. Trotzdem scheinen gerade in der Bundesrepublik Parteikritik und Parteiverdrossenheit unverhältnismässig kräftig auszufallen, zumal auch eine neue Partei mit alternativem Selbstverständnis wie «Die Grünen» sich keineswegs als gegen die auf etablierten Parteien gemünzte Kritik gefeit erwiesen hat. Wie die Gründung neuer Parteien jedoch dokumentiert, sind Parteien als politische Form in modernen Demokratien ohne gleichwertige Alternative. Vielleicht fordert gerade dieses Dilemma zur Kritik heraus.»

Peter Haungs, Aktuelle Probleme der Parteiendemokratie, in: Jahrbuch für Politik, hrsg. Werner Link, Eberhard Schütt-Wettschky, Gesine Schwan, 1992, 2. Jg. Halbbd. 1, Baden-Baden 1992, Nomos, S. 56.